

in kürze

EX-KZ-WÄCHTER IN USA

Ausbürgerung geplant
Die USA wollen einem ehemaligen KZ-Wächter die Staatsbürgerschaft entziehen. Das Justizministerium leitete entsprechende Schritte gegen Jaroslaw Bilaniuk ein, der beim Visumantrag 1949 seine Vergangenheit als KZ-Wächter in Polen verschwiegen haben soll. (dpa)

VERHEIRATETE AFGHANEN

Kein iranischer Pass
Die iranische Regierung lehnt es ab, afghanische Flüchtlinge einzubürgern, die mit Iranerinnen verheiratet sind. Damit scheiterte eine Initiative, die verhindern sollte, dass sich die Frauen zwischen Scheidung oder Auswanderung nach Afghanistan entscheiden müssen. (dpa)

KUBANER

Zuflucht auf Bahamas
Eine Gruppe von 36 kubanischen Flüchtlingen ist auf einer unbewohnten Insel der Bahamas gestrandet. Die Kubaner wurden von der US-Küstenwache entdeckt und mit Wasser und Lebensmitteln versorgt. Anschließend wurden sie den Behörden der Bahamas übergeben. (ap)

ZENSUR IN VIETNAM

Bücher vernichtet
Die Behörden Ho-Tschi-Minh-Stadts haben CDs, Bücher und Magazine vernichtet. Dabei soll es sich laut Regierung um Publikationen mit „vergiftenden oder gefährlichen“ Inhalten wie Pornos, um regierungsfeindliche Texte oder „abergläubische Lehren“ gehandelt haben. (ap)

PHILIPPINEN

Töte bei Anschlägen
Bei Anschlägen im Süden der Philippinen sind über die Feiertage mindestens 29 Menschen getötet und zahlreiche verletzt worden. Auf Mindanao fiel Behördenangaben zufolge ein Mann einem Granatenanschlag zum Opfer, sechs weitere Personen wurden verletzt. (ap)

GUATEMALA

Entführer freigelassen
Ein Gericht in Guatemala hat acht wegen Entführung und Ermordung des Scherings-Managers Christoph Voigt Verdächtige freigelassen. Die Staatsanwältin war den Richtern Bestechlichkeit vor und kündigte Berufung an. Voigt war am 1. Juni 2001 tot aufgefunden worden. (dpa)

PARIS

Randale in Vitry
Randalierende Jugendliche haben im Pariser Vorort Vitry zwei Autos und mehrere Müllimer angezündet. Auf den Tag genau vor einem Jahr war es in Vitry zu schweren Krawallen gekommen, nachdem Polizisten einen Jugendlichen bei einem Bankraub erschossen hatten. (afp)

Schluss mit Surfen

China schließt mehr als 3.300 Internetcafés wegen angeblicher Sicherheitsmängel durch die Betreiber

BERLIN taz ■ In China sind mehr als 3.300 Internetcafés geschlossen worden, weil ihre Betreiber angeblich die Sicherheitsstandards nicht erfüllt haben. 12.000 weitere mussten vorübergehend schließen, um der Erfüllung ihrer gesetzlichen Auflagen nachzukommen.

Besorgnis um die Sicherheit der Nutzer sei es, die die chinesische Regierung zur Schließungsmaßnahme hätte greifen lassen, verlaubliche Minister Li Rongrong, Chef der Wirtschafts- und Handelskommission, am Freitag über die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua. Sicherheit am Arbeitsplatz habe für die chinesische Führung höchste Priorität. Man sei besorgt, dass sich Unfälle wiederholten wie der Brand in einem Peking Internetcafé im Juni, der 25 Menschenleben gefordert hatte.

Besorgt ist Peking wohl vor allem über die rasant steigenden Nutzerzahlen des Internet, dessen Zugang es nach Kräften zu beschränken sucht. Seit seiner

Einführung 1995 wurden nach Angaben von amnesty international (ai) über 60 Gesetze zur Beschränkung des Zugriffs erlassen. Gibt einer der 46 Millionen Chinesen, die inzwischen online sind, Suchworte wie „Falun Gong“, „Tibet“ oder gar „Menschenrechte“ ein, erscheint: „Diese Seite kann nicht angezeigt werden“. Werden derart vorwitzige Versuche in einem Internetcafé unternommen, ist der Schuldige schnell gefunden. Die Betreiber sind verpflichtet, die Personalien ihrer Kunden zu registrieren.

Zum Durchsetzen der Informationssperren nach Pekinger Art dient auch ein relativ neues Feindbild: Der Internet-Dissident. Nach Informationen von ai sitzen derzeit mehr als dreißig Menschen Haftstrafen wegen „subversiver Tätigkeit“ im Netz ab. Einer von ihnen ist Wang Youcai. Eines seiner „Vergehen“: Er hatte E-Mails an im Ausland befindliche Dissidenten geschrieben. ANETT KELLER

schneesturm beschert nordosten der usa chaotische „weiße weihnacht“



Das Winterwetter hält den Nordosten der USA schon den ganzen Dezember auf Trab. Für extrem „Weiße Weihnacht“ sorgen die sonst eigentlich eher im Januar oder Februar üblichen Schneestürme von Pennsylvania bis Maine. Bei schneebedingten Unfällen kamen mindestens 18 Menschen ums Leben. Viele erreichte die Warnung, die Autos besser stehen zu lassen, zu spät. Mancherorts wurde die Schneedecke fast einen halben Meter hoch. In den Bundesstaaten New York und Massachusetts brach zeitweise die Stromversorgung zusammen, rund 60.000 Haushalte saßen im Dunkeln. Boston verzeichnete den heftigsten Schneefall zu Weihnachten seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Die New Yorker Flughäfen mussten viele Flüge absagen. Ganze Straßenzüge in der Stadt wurden für den Verkehr gesperrt. AFP FOTO: AP

Eve soll erstes Klonbaby sein

Eine Sekte gibt in den USA die Geburt des ersten angeblich geklonten Kindes bekannt, ohne nähere Details zu nennen. Wissenschaftler zweifeln das an und sprechen von Bluff und Manipulation

aus Paris DOROTHEA HAHN

Seit vorgestern weit es angeblich unter uns: das erste geklonte Baby der Geschichte. Es soll ein Mädchen sein und Eve heißen. Es soll per Kaiserschnitt und „problemlos“ zur Welt gekommen sein. Es soll denselben „genetischen Plan“ wie seine Mutter haben, die somit zugleich seine ältere eineiige Zwillingsschwester wäre. Und es soll in einem Labor von „Clonaid“ entstanden sein. Letzteres ist ein in den USA angesiedeltes Unternehmen, das die Sekte der Raelianer gegründet hat – zum Zwecke des Gelderwerbs und um zu ewigem Leben (in jeweils neuen Körperhüllen) zu gelangen.

Mehr über das angeblich am 26. Dezember geborene Klonbaby war bis Redaktionsschluss nicht bekannt. Die französische Chemikerin Brigitte Boisselier, die der Sekte angehört und auch das Unternehmen „Clonaid“ lei-

tet, verriet weder, in welchem Land sie die Laborexperimente durchgeführt habe, noch, wo das Baby zur Welt gekommen sei. Wenige Tage vor der Geburt hatte die Boisselier bereits der französischen Nachrichtenagentur AFP angekündigt, die Geburt des ersten Klonbabys stehe unmittelbar bevor. Weitere vier Klonbabys aus ihrer Labors stünden kurz vor der Geburt. Sie will im vergangenen Frühjahr zehn geklonte Babys eingepflanzt und nur fünf davon durch Fehlgeburten verloren haben.

Sollte stimmen, was Boisselier behauptet, hätte die 46-Jährige den Wettlauf um das menschliche Klonen gewonnen. In Deutschland und Frankreich ist das Klonen von Menschen verboten. Beide Länder versuchen, in der UNO ein generelles menschliches Klonverbot durchzusetzen. In den USA ist das Klonen von Menschen von keinem Gesetz geregelt, aber genehmi-

gungspflichtig. Clonaid hat eine solche Genehmigung nicht.

Genforscher halten die Erfolgsmeldung für einen Bluff von Boisselier. Mit wissenschaftlichen Erfolgen oder Veröffentlichungen ist sie nie in Erscheinung getreten. Wohl aber mit spektakulären und bislang folgenreichen Ankündigungen. Bekannt geworden sind auch ihre Anzeigen im Internet, in denen „Clonaid“ geklonte Babies gegen Bares verspricht.

Der renommierte französische Mediziner Axel Kahn nennt die Geschichte von dem ersten Klonbaby eine „Manipulation“. Der Unterschied zwischen „Glaube und Wissenschaft“, so Kahn, bestehe darin, dass Letztere belegbar sei. Erst wenn von der Sekte unabhängige Wissenschaftler den Nachweis lieferten, dass Mutter und Baby tatsächlich denselben genetischen Plan hätten, könne man von einem Klonbaby ausgehen. Bis dahin gelte, so Kahn, dass der Wissenschaft

bislang nicht einmal das Klonen von Affen gelungen sei. Dass bei Mäusen und Kühen, wo das Klonen besonders einfach sei, nur 1 Prozent der Versuche erfolgsgelohnt sei.

Die Sekte der Raelianer wurde 1973 von dem französischen Motorsportjournalisten Claude Vorilhon gegründet, der sich seiner „Erleuchtung“ Rael nennt. Der Medienrummel des gestrigen Tages war für den Guru, der weltweit 50.000 zahlende Anhänger haben will, in jedem Fall ein Erfolg. Laut Rael und Boisselier sind die Menschen das Produkt von Genmanipulationen auf einem anderen Planeten und wurden anschließend auf die Erde gebracht. Wenn es gelinge, menschliche Klone herzustellen, könne die Menschheit eine „Geniokratie“, die Herrschaft der Intelligenztesten, installieren. Rael braucht zu diesem Zweck 144.000 klonenswerte „Genies“. Den Rest der Menschheit braucht der Guru nicht.

„Lex Erdogan“ durchgesetzt

ANKARA dpa ■ Das Parlament in Ankara hat dem türkischen AKP-Vorsitzenden Erdogan mit einer Verfassungsänderung den Weg ins Amt des Ministerpräsidenten geböhnt. In einem zweiten Anlauf überstimmte die von der islamisch-konservativen AKP dominierte Nationalversammlung das Veto von Staatspräsident Sezer. Der hatte moniert, dass die als „Lex Erdogan“ kritisierte Verfassungsänderung „auf eine Person“ gemünzt sei. Falls Sezer keine Volksabstimmung anberaume, könnte Erdogan, der bei der Parlamentswahl wegen einer Vorstrafe wegen Volksverhetzung nicht antreten durfte, im Februar bei einer Nachwahl für ein Mandat kandidieren.

Israel massiver gegen Terror

JERUSALEM dpa ■ Israels Verteidigungsminister Schaul Mofas hat Armee und Geheimdienste aufgerufen, Aktionen gegen mutmaßliche Extremisten zu verschärfen. Nach der gezielten Tötung von sieben Palästinensern sagte Mofas, Israel müsse „alle Anstrengungen unternehmen, den Terror auszurotten“. Ministerpräsident Ariel Sharon kann mit einem deutlichen Erfolg bei der Parlamentswahl rechnen. Nach Meinungsumfragen von *Ma'ariv* und *Jediot Achronot* wird Shachons Likud in der nächsten Knesset mit mindestens 35 Mandaten (bisher 19) vertreten sein. Die oppositionelle Arbeitspartei käme danach nur noch auf 21 der 120 Parlamentssitze.

Auf zum Grand Prix Reich und berühmt werden mit der taz



taz und Polydor fahren zum nationalen Vorentscheid des Grand Prix Eurovision am 7. März 2003 nach Kiel. Kommen Sie mit: Schreiben Sie den Text für unser Lied!

Einsendeschluss ist der 24. 12. 2002 Teilnahmebedingungen und alle weiteren Informationen finden Sie auf unserer Website. Jeden Samstag im taz.mag: Analysen, Tipps und Interviews.

taz und Polydor stellen Ihnen die zwei Melodien, die für unsere Teilnahme am Grand Prix Eurovision in Frage kommen, als Klavierfassung zur Verfügung. Sie können für eine, aber auch für beide Melodien texten:

Im Internet (www.taz-grand-prix.de)

Notenblätter im PDF-Format und Audiofiles zum Download

Per Telefonhotline (max. 2 Einheiten à 0,41 €)

Melodie 1 (01 90) 47 01 00

Melodie 2 (01 90) 47 02 00

Fragen zum Wettbewerb? Mailen Sie an grand-prix@taz.de



die tageszeitung

Bagdad will eine neue Liste vorlegen

Irak ist bereit, die Namen von Wissenschaftlern bekannt zu geben und sie für Interviews mit den Waffeninspektoren ausreisen zu lassen. Die UNO sucht Aufnahmefländer. Beim jüngsten Angriff starben angeblich drei Menschen

BAGDAD/BERLIN ap/afp/taz ■ Die irakische Regierung will der UNO eine Liste mit den Namen von Wissenschaftlern vorlegen, die an atomaren, chemischen, biologischen und Raketenprogrammen mitgewirkt haben. Diese stünden dann den UN-Rüstungsinspektoren für Fragen zur Verfügung, erklärte am Donnerstag der irakische General Hossam Mohammed Amin in Bagdad, der Verbindungsoffizier zur UNO ist. Die Liste werde in zwei oder drei Tagen vorgelegt, sagte Amin.

Gleichzeitig gab Amin bekannt, dass der Irak Interviews der Wissenschaftler durch die UN-Inspektoren auch außerhalb des Landes zustimme, wie von den USA gefordert worden war. Allerdings betonte er, dass dies

eine „persönliche Entscheidung“ der irakischen Experten sei und es nicht notwendig sei, den Irak für diese Interviews zu verlassen.

Bislang haben die Inspektoren einen irakischen Atomexperten, Professor Sabah Abd al-Nur, in der Bagdader Universität für Technologie befragt. Wie der britische Rundfunksender BBC berichtet, bestand der Professor darauf, dass ein irakischer Verbindungsmann an dem Gespräch teilnahm. Gemäß der Resolution des UN-Sicherheitsrates 1441 vom 7. November haben die Inspektoren das Recht, irakische Experten ohne die Anwesenheit von Regierungsfunktionären zu befragen. Sollte der Irak sich weigern, Wissenschaftler ausreisen

zu lassen, stellt dies für die Bush-Regierung einen Bruch der Resolution dar. Inzwischen bemüht sich die UNO, Länder zu finden, die die Sicherheit der Wissenschaftler und ihrer Familien garantieren – bis hin zur Gewährung von politischem Asyl.

Nach Darstellung Bagdads haben die UN-Inspektoren bislang keine Beweise für die Existenz von Massenvernichtungswaffen gefunden. Die Kontrolleure hätten weder direkte noch indirekte Hinweise entdeckt, die die „Behauptungen“ Washingtons und Londons stützten, erklärte General Amin am Donnerstag.

Unterdessen hielten paramilitärische Verbände der regierenden Baath-Partei Manöver im Landeszentrum ab. Die Übungen

in der Provinz Babil hätten dazu gedient, sich auf die Abwehr eines möglichen Angriffs der USA vorzubereiten, hieß es in der Armeezeitschrift *al-Kadissija*. Der irakische Handelsminister Mohammed Mehdi Saleh gab bekannt, dass alle Bürger seit einiger Zeit Doppelrationen an Lebensmitteln erhielten, damit sie Vorräte für einen Krieg anlegen könnten.

Bei dem amerikanisch-britischen Luftangriff vom Donnerstag sind nach irakischer Darstellung drei Menschen getötet und sechzehn verletzt worden. Außerdem sei eine Moschee beschädigt worden. US-Militärs sagten, es seien lediglich militärische Einrichtungen angegriffen worden.